



LAGERARBEITSGEMEINSCHAFT
BUCHENWALD-DORA e.V.



Lagergemeinschaft
Buchenwald-Dora /
Freundeskreis e.V.

Offener Brief an die drei Regierungsfractionen im Thüringer Landtag:

Staatliche Geschichtsrevision in Thüringen ?!

Nach den großen Feierlichkeiten in den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, und eine Woche nach dem 8. Mai, dem Gedenktag zur Befreiung von Faschismus und Krieg, haben die Thüringer Regierungsparteien CDU, BSW und SPD einen gemeinsamen Antrag zur Gedenkpolitik (Drucksache 8/3464, „Erinnerungskultur in Thüringen und Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft aller Völker dauerhaft pflegen – den Erhalt von Gräbern und Denkmälern unterstützen“, vom 13.5.2026) eingereicht, der skandalös und geschichtsvergessen ist. Er fällt um knapp 50 Jahre hinter die erreichten Ergebnisse der Gedenkpolitik in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Selbst die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 war inhaltlich eindeutiger. Nur die Benennung der Verfolgung von Menschen mit Behinderungen und aus sexueller Orientierung war damals noch ein Tabuthema.

Die Geschichtsrevision in diesem Antrag beginnt schon damit, dass man wieder auf das frühere Narrativ der „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ zurückkommt – ergänzt durch den Hinweis „aller Völker“. In der Tradition des „Heldengedenktages“, später „Volkstrauertag“ beginnt die Aufzählung mit dem „Gedenken der Soldaten, die in den beiden Weltkriegen und anderen Kriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren haben“. Wer in solcher Form historischer Unverbindlichkeit und Pauschalität gedenkt, der will die Erinnerung an die Taten und Täter, die Verantwortlichen für Krieg und Massenverbrechen aus dem Blick nehmen. Selbst die folgende Auflistung von Menschengruppen, die Opfer der Verbrechen geworden sind, ändert nichts an dieser Umschreibung staatlicher Geschichtsperspektive.

Vollkommen unverbindlich – und damit geschichtspolitisch skandalös – wird es in der abschließenden Formulierung „sowie alle Opfer von Terrorismus, Extremismus, Antisemitismus und Rassismus, die in unserem Land durch Hass und Gewalt ums Leben gekommen sind. Zu gedenken ist aber auch der Bundeswehrsoldaten, Polizisten und anderen Einsatzkräfte, die im Einsatz für unser Land ihr Leben verloren haben.“ Wiederum kein Wort über die Täter, kein Wort über die Bedingungen von Verbrechen und deren Opfer. Stattdessen wird abstrakt von „Einsatzkräften“ gesprochen. Das können selbst Feuerwehrleute gewesen sein, die bei einem Rettungseinsatz ihr Leben ließen, derer man in diesem Zusammenhang gedenken müsse. Schon der erste Absatz des Antrages zeigt also, es geht nicht um historisches Erinnern und Gedenken, es geht um „staatliche Krokodilstränen“ ohne inhaltliche Konsequenz.

Es ist ein nachträglicher Erfolg der bundesdeutschen Revanchisten-Verbände, wenn es in dem Antrag heißt: „Gerade in Thüringen, das nach dem Zweiten Weltkrieg für Hunderttausende Vertriebene zur neuen Heimat wurde, ist die Erinnerung an dieses Schicksal Teil der eigenen Landesgeschichte.“ Kein Hinweis auf den faschistischen Krieg und die damit verbundenen Kriegsverbrechen in den okkupierten Ländern, die die Voraussetzung für die millionenfache Umsiedlung von Menschen insbesondere aus dem Osten war. Wer nur an das Leid der „Flüchtlinge und Heimatvertriebenen“ denkt, der will das Vermächtnis der Überlebenden von 1945 „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ vergessen machen.

Aus unserer Sicht ist das nicht nur eine Geschichtsvergessenheit, es erreicht bereits die Stufe der Geschichtsrelativierung der faschistischen Massenverbrechen. Was ist mit den weit über 250.000 Häftlingen, die zum KZ Buchenwald und seinen Außenlagern gehörten? Was ist mit der noch größeren Zahl von Zwangsarbeitern insbesondere in der Kriegs- und Rüstungsindustrie? Was ist mit den mehreren tausend Menschen, die als Opfer der antisemitischen Rassenpolitik aus Thüringen in die Vernichtungslager verschleppt und dort ermordet wurden? Und mit diesen Hinweisen haben wir nur die drei größten Gruppen der NS-Verfolgten aufgelistet. Wer diese Massenverbrechen glaubt mit dem pauschalen Hinweis auf „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ „erledigen“ zu können, betreibt tatsächlich Geschichtsrelativierung.

Wir erinnern daran, dass schon vor 35 Jahren das Europäische Parlament in einer eindringlichen Resolution sich gegen jede Vermischung der KZ-Gedenkstätten und ihre Nachnutzung als alliierte Internierungslager ausgesprochen hat, um deutlich zu machen, dass es zuerst die NS-Verbrechen und dann harte Sühnemaßnahmen gab, die jedoch mit dem NS-Regime nicht gleichgesetzt werden können. Auch haben die Überlebenden der Lager immer wieder gefordert, die Verantwortlichen, nicht nur die einzelnen Täter an den Terrororten, sondern auch die Profiteure und Organisatoren der Verbrechen, die in der Regel nicht belangt wurden, zu benennen, wie es Emil Carlebach in seiner Rede zum 11. April 1995 exemplarisch formulierte. Diese Geschichtsperspektive wird durch den vorliegenden Antrag konterkariert.

Folgerichtig nennen die drei Parteien als zentrale Akteure der Erinnerungsarbeit nur Partner, von denen man eine Unterstützung solch einer Geschichtsumdeutung erwartet, wie den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., den Bund der Heimatvertriebenen e. V. und die Mitgliedsorganisationen des Geschichtsverbunds Thüringen – Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In der Begründung des Antrags wird von „insgesamt 105 831 Opfer(n) von Krieg und Gewaltherrschaft in Thüringen“ gesprochen, eine Zahl für die jegliche inhaltliche Legitimation und der Hinweis fehlt, aufgrund welcher Massenverbrechen diese Menschen ihr Leben verloren. Zwar werden auch Initiativen zum Gedenken an die Opfer von NS-Verbrechen erwähnt, aber weder die Thüringer VVN-BdA, die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. oder die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V.. Diese – und andere zivilgesellschaftliche Initiativen – stehen für eine antifaschistische Geschichtsperspektive, die einem solchen Antrag diametral entgegensteht.

Wie wenig die Regierungsparteien mit den real im Lande aktiven Gedenkortern verbunden sind, zeigt sich auch daran, dass in diesem Antrag zur Gedenkarbeit die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora nur an einer Stelle, nämlich bei der Überlegung, ein „zentrales digitales Verzeichnis für sämtliche in Thüringen vorhandenen Gräber, Grabanlagen und Denkmale“ zu schaffen, erwähnt wird. Sind die wohlklingenden Worte auf Veranstaltungen in Buchenwald, Dora oder an anderen Gedenkortern der NS-Verbrechen nur Worthülsen gewesen? Wer antifaschistische Gedenk- und Erinnerungsarbeit in Thüringen unterstützen will, muss in dieser Auseinandersetzung die Akteure der Zivilgesellschaft einbinden. Nicht eine „Statistik“ von Grabstätten und Friedhöfen ist gefordert, sondern politische Lehren, die mit der Gedenk- und Erinnerungspolitik für zukünftige Generationen zu ziehen sind. Mehr Mittel für politische Bildung, für antifaschistische Gedenkort im Land Thüringen sind nötig, um Geschichtsvergessenheit und Relativierung entgegenzuwirken.

Für eine solche Erinnerungsarbeit stehen wir als Organisationen der Zivilgesellschaft bereit.

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V.

Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V.